

***Bewährte Modelle
der Radikalisierungsprävention verbreiten***

Franziska Heinze

Aus: Erich Marks (Hrsg.):
Gewalt und Radikalität
Ausgewählte Beiträge des 23. Deutschen Präventionstages
11. und 12. Juni 2018 in Dresden
Forum Verlag Godesberg GmbH 2019, Seite 275

978-3-96410-000-9 (Printausgabe)
978-3-96410-001-6 (eBook)

Bewährte Modelle¹ der Radikalisierungsprävention verbreiten

Abstract: Seit nunmehr 16 Jahren fördert das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Maßnahmen der Radikalisierungsprävention, zunächst von Rechtsextremismus, seit 2011 auch von Linker Militanz und Islamismus. Hierbei hat sich auf der Bundesebene de facto eine eigenständige Präventionspraxis entwickelt, die relativ unabhängig von der Regelpraxis der Kinder- und Jugendhilfe besteht. Angesichts steigender öffentlicher Ausgaben für bundesgeförderte Maßnahmen der Radikalisierungsprävention rückt die Frage nach deren Nachhaltigkeit in den Fokus. Der Beitrag geht dieser Frage nach und nimmt die strukturbezogenen Wirkungen von Fördermaßnahmen der Radikalisierungsprävention auf der Bundesebene am Beispiel von Organisationen in der Strukturentwicklung zu bundeszentralen Trägern in den Blick. Er arbeitet heraus, wie über a) Anregungs- und Transferprozesse, b) Qualitätssicherungs-, Qualifizierungs- und Professionalisierungsprozesse sowie c) Prozesse der (fach-)politischen Interessenvermittlung die Nachhaltigkeit von Modellprojekten angestrebt wird, die oft noch als unzureichend konstatiert wird. Darüber hinaus wird aufgezeigt, inwiefern entsprechende Fördermaßnahmen zur fachlichen Konstitution des Arbeitsfeldes bspw. im Bereich der religionsbezogenen Radikalisierungsprävention beitragen.

In Deutschland existiert eine langjährige Tradition bundesgeförderter Präventionsarbeit (vgl. BMFSFJ 2017). Im Verlauf verschiedener Bundesmodellprogramme wurden bzw. werden neben demokratiestärkenden Maßnahmen u.a. auch solche der Radikalisierungsprävention gefördert. Im Rahmen des Beitrags wird hier beispielhaft die Prävention von islamistischem Extremismus² mit einem kinder- und jugendpolitischen Bezug fokussiert. Präventionsarbeit zu islamistischem Extremismus fand als Schwerpunkt seit 2011 in entsprechende Bundesmodellprogramme des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) Eingang. Während im Bundesprogramm „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“ (2011-2014) insgesamt 24 Modellprojekte zu diesem Schwerpunkt gefördert wurden, erfuhr der Ge-

¹ Hierbei handelt es sich um einen unbestimmten Begriff. Im Rahmen des Beitrags werden als „bewährte Modelle“ (bereits erprobte) Handlungsansätze, Modelle und Methoden bzw. die Arbeit von ausgewählten nichtstaatlichen Organisationen bezeichnet, die von der fachlich zuständigen obersten Bundesbehörde für eine Förderung im Programmbereich „Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ ausgewählt wurden.

² Sowohl in der öffentlichen als auch in der wissenschaftlichen Debatte existieren unterschiedliche und zum Teil divergierende Phänomenbeschreibungen und Begrifflichkeiten (vgl. Peters 2012; Sedgwick 2010; Herding u.a. 2015). Der Beitrag spricht von islamistischem Extremismus und verzichtet einfachheitshalber auf eine differenzierte Darstellung. Die Begrifflichkeit folgt der dominierenden (Thematisierungs-)Logik im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“.

genstandsbereich im Laufe des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ (2015-2019) einen enormen quantitativen Ausbau³: Derzeit (Stand Mai 2018) werden 47 Modellprojekte im Arbeitsfeld der Prävention von islamistischem Extremismus gefördert. Darüber hinaus gibt es seit 2017 einen Programmbereich „Prävention und Deradikalisierung im Strafvollzug“, in dem in 15 Bundesländern Modellprojekte im Bereich Präventions- bzw. Deradikalisierungsarbeit in Strafvollzug und Bewährungshilfe zum Phänomen des islamistischen Extremismus gefördert werden (zum Teil in Kombination mit der Bearbeitung weiterer Phänomene). Auch im Programmbereich „Partnerschaften für Demokratie“⁴ auf der lokalen Ebene bildet Prävention von islamistischem Extremismus einen möglichen Arbeitsschwerpunkt. Ebenso stehen allen Bundesländern Gelder für Modellvorhaben im Programmbereich „Landesdemokratiezentren“⁵ für die Prävention von islamistischem Extremismus und die Bearbeitung von Islam- und Muslimfeindlichkeit auf der Ebene der Bundesländer zur Verfügung. Darüber hinaus wurde in „Demokratie leben!“ ein Programmbereich zur „Förderung der Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger“⁶ etabliert. In diesem arbeiten drei Träger auf der Bundesebene im Bereich der Deradikalisierungs-/Ausstiegsarbeit zum Teil auch zum Phänomen des islamistischen Extremismus und zwei Träger werden für präventive Arbeit im Bereich islamistischer Extremismus gefördert (vgl. www.demokratie-leben.de).

Die Präventionsaktivitäten im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ sind qua zugrundeliegendem Haushaltstitel in der Kinder- und Jugendpolitik des Bundes verortet (vgl. Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2017 vom 20.12.2016). Sie zielen darauf, Anregungen für die regelfinanzierten Strukturen auf der kommunalen und Landesebene, insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, aber auch anderer Zielsysteme, z.B. des Bildungsbereichs oder des Bereichs Strafvollzug/Bewährungshilfe, zu generieren. Zugleich sollen sie dazu beitragen, entsprechende Strukturen der Präventionsarbeit (und der Demokratiestärkung) auf den verschiedenen föderalen Ebenen zu entwickeln bzw. zu etablieren. Ein wichtiger Grundsatz der kinder- und jugendpolitisch verorteten Präventionsarbeit ist neben ihren vorzugsweise pädagogischen Arbeitsformen die partnerschaftliche Zusammenarbeit von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren (vgl. Haubrich 2009, S. 443).

³ Ein zügiges Wachstum und die zunehmende Ausdifferenzierung der Praxislandschaft im Bereich des demokratiefeindlichen und gewaltorientierten Islamismus konstatieren auch Schau u.a. 2017.

⁴ Partnerschaften für Demokratie sollen gemeinwesenorientierte Strategien zur Stärkung der lokalen Zivilgesellschaft, zur Förderung von Demokratie und Vielfalt entwickeln und lokale/regionale Bündnisse gegen Rechtsextremismus, Demokratie- und Menschenfeindlichkeit schaffen. Sie sind auf der Ebene von lokalen Gebietskörperschaften angesiedelt (vgl. ISS/Camino 2015).

⁵ (Landes-)Demokratiezentren sollen zusammen mit sogenannten Beratungsnetzwerken eine „nachhaltige (...) Beratungs-, Informations- und Vernetzungsstruktur“ (BMFSFJ 2015, S. 3) für professionelles, ehrenamtliches und berufliches Engagement in den Themenfeldern des Bundesprogramms auf der Ebene der Bundesländer bilden (vgl. Bischoff u.a. 2015).

⁶ Mit der „Förderung der Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger“ unterstützt das Programm nicht-staatliche, gemeinnützige Organisationen, die sich in jeweils konkret umrissenen Themen- und Strukturfeldern zu bundeszentralen Trägern entwickeln und/oder bundeszentrale Aufgaben übernehmen sollen (vgl. Heinze u.a. 2017).

1. Nachhaltigkeit als Herausforderung

Trotz der längeren Tradition entsprechender bundesgeförderter Präventionsarbeit und ihrer (zumindest im Rahmen von Modellprogrammen) derzeit vergleichsweise guten finanziellen Ausstattung (vgl. bspw. Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2017 vom 20.12.2016) stellt sich die Frage der Nachhaltigkeit von modellprogrammgeförderter Präventionsarbeit (nicht nur) im Bereich des islamistischen Extremismus: Inwieweit erfolgt innerhalb einer Organisation oder darüber hinaus in anderen Organisationen eine Weiternutzung von Wissen und Erkenntnissen aus der Modellerprobung? In anderen Worten: Inwieweit gelingt es, bewährte Ansätze bzw. Modelle der Radikalisierungsprävention im jeweiligen Träger auf Dauer zu stellen oder in regelfinanzierte Strukturen (z.B. der Kinder- und Jugendhilfe) zu transferieren? Darüber hinaus stellt sich die Frage, inwieweit gerade die Erprobung von modellhaften Ansätzen und deren Transfer zur Konstitution des Handlungsfeldes „Prävention von islamistischem Extremismus“, d.h. zur Schaffung bzw. Qualifizierung von entsprechenden Strukturen, beitragen können. Die Antworten auf diese Fragen sind Gegenstand dieses Beitrags.

Aus der wissenschaftlichen Begleitung der „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“ wissen wir, dass der Großteil der Träger von Modellprojekten der Präventionsarbeit im Bereich „islamistischer Extremismus“ Nachhaltigkeitsbemühungen noch im Zeitraum der Förderung unternommen hat (z.B. Akquise anderer Finanzierungsmöglichkeiten für eine trägerinterne Weiterführung der erprobten Präventionsarbeit, Aufbereitung von Lernerfahrung für und Transfer von Wissen an andere Organisationen, vgl. Leistner u.a. 2014, S. 78-87). Zugleich zeigt ein Blick auf das unter ähnlichen Bedingungen bestehende Arbeitsfeld der Radikalisierungsprävention im Bereich Rechtsextremismus, dass – allen Nachhaltigkeitsbemühungen zum Trotz – dieses auf der Bundesebene relativ unverbunden neben der Arbeit in den (kommunalen und Landes-) Regelstrukturen steht und (weiterhin) mit dem Problem der dauerhaften Sicherung der Finanzierung ihrer Arbeit konfrontiert ist (vgl. Bischoff/König 2014; Greuel/König 2014).

2. Neue Wege: Strukturentwicklung bundeszentraler Träger

Ein neuer Weg, die bestehenden Probleme der dauerhaften Finanzierung der Arbeit und des Transfers von Ansätzen (bspw. der Prävention von islamistischem Extremismus) zu lösen, ist die Förderung von ausgewählten nichtstaatlichen Organisationen (NGOs) auf der Bundesebene. Im 2015 neu geschaffenen Programmbereich „Förderung der Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger“ werden derzeit 35 NGOs gefördert.⁷ Sie sollen bundeszentrale Infrastrukturen entwickeln und nutzen, um als Partner des Bundes Aufgaben und Leistungen nach §§ 23, 44 BHO und Art. 30 GG

⁷ Für eine Übersicht siehe <https://www.demokratie-leben.de/programmpartner/foerderung-der-strukturentwicklung-zum-bundeszentralen-traeger.html> (08.06.2018).

zu übernehmen, die

- auf der Bundesebene angesiedelt sind bzw. das Bundesgebiet als Ganzes betreffen,
- eine bundeszentrale Bedeutung haben,
- im Rahmen des geförderten Themen- und Strukturfeldes umgesetzt werden und
- im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik des Bundes liegen (und seit 2016 auch im Kontext der Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung stehen).

Die bundeszentralen Aufgaben umfassen im Kern die Bereiche

- Anregung und Transfer,
- Qualitätssicherung, Qualifizierung und Unterstützung von Professionalisierungsprozessen im jeweiligen Handlungsfeld sowie
- die politische und fachpolitische Interessenvermittlung zwischen Bund und Zivilgesellschaft bzw. auch innerhalb der Akteure in einem Handlungsfeld (Heinze u.a. 2017, S. 26-48).

Durch die Übernahme bundeszentraler Aufgaben, die eigene Trägerstrukturentwicklung und die Vernetzung sowie Abstimmung der Akteure in einem Handlungsfeld tragen die geförderten Organisationen zur Entwicklung einer Infrastruktur im Handlungsfeld – hier konkret also im Bereich der Prävention von islamistischem Extremismus – bei. Im Gesamtkonzert der in „Demokratie leben!“ geförderten Organisationen, Strukturen und Maßnahmen leisten die bundeszentralen Träger dabei auch einen Beitrag zur Entwicklung einer Gesamtinfrastruktur der Demokratiestärkung und Radikalisierungsprävention (Heinze u.a. 2017, S. 48-57). Im Unterschied zu Modellprojekten, die neben ihrem Innovationsauftrag auch Aufgaben des Transfers erfüllen sollen, aber kaum über ausgewiesene Ressourcen, Strukturen oder Konzepte dafür verfügen, werden die Organisationen in der „Förderung der Strukturentwicklung“ nicht für die Entwicklung neuer Ansätze und Modelle gefördert, sondern sind dazu angehalten, bewährte Modelle bzw. Ansätze in die bundesweite Fachpraxis einzuspeisen.

Wie dies aussehen kann, soll im Folgenden für das Handlungsfeld der Prävention von islamistischem Extremismus präzisiert und erläutert werden. Diese Konkretisierung beruht auf umfangreichen Analysen der wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Neben jährlichen Förderanträgen wurden für die nachfolgende Darstellung Maßnahmenmatrizen, Jahresberichte der Träger an den Fördermittelgeber, Internetauftritte sowie weitere Materialien in Anlehnung an die Codierverfahren der Grounded Theory (Glaser/Strauss 1998; Strauss/Corbin 1996) ausgewertet. Das verwendete Datenmaterial bezieht sich auf zwei nichtstaatliche Organisationen im Handlungsfeld der Prävention von islamistischem Extremismus und

auf zwei (der drei) im Bereich der Deradikalisierungsarbeit tätigen Organisationen, die sich auch mit islamistisch begründetem Extremismus befassen.⁸

3. Transfer bewährter Modelle

Die empirischen Auswertungen der Aktivitäten und Maßnahmen zeigen, dass diese ausgewählten Träger bundeszentrale Aufgaben des Transfers von Wissen und bewährten Modellen bzw. Ansätzen übernehmen. Sie tun dies, indem sie u.a. (**Fach-**) **Publikationen** herausgeben und bundesweit zugänglich machen oder **Fachveranstaltungen** auf der Bundesebene durchführen.

Als konkretes Beispiel sei das Themen-Papier „The role of education in preventing radicalisation“ (RAN Issue Paper, 12. Dez. 2016, Autor: Götz Nordbruch, Ufuq e.V.) genannt. Beispielhafte Fachveranstaltungen sind „Herausforderungen für die Präventions- und Deradikalisierungsarbeit“ oder „Inshallah Online – Wie religiöse Extremisten das Internet nutzen und was wir dagegen tun können“ (beide Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus e.V.) bzw. Tagungen wie „Im Zeitalter der Ideologie? Attraktivität – Wirkung – Herausforderung“ (Violence Prevention Network e.V.).

Die geförderten Organisationen übernehmen weitere Transferaufgaben auf der Bundesebene, indem sie z.B. über die (bundesweite) **Verbreitung von (Modellprojekt-) Lernerfahrungen und erprobten Konzepten fachliche Weiterentwicklungen** im Handlungsfeld anstoßen.

Ein konkretes Beispiel hierfür ist die Verbreitung von Wissen und Erkenntnissen aus der Entwicklung und Erprobung von Projekten zu sektenähnlichen sowie christlich-extremistischen Strömungen (Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus e.V.).

Weitere Möglichkeiten des Transfers bewährter Modelle bestehen darin, **erprobte Ansätze/Modelle** über die Bundesebene **in Landes- oder kommunale Strukturen** hinein zu **verbreiten** oder Beiträge zum **Aufbau eigenständiger Strukturen auf Bundesebene** leisten. (Hierauf wird im Abschnitt 4 separat eingegangen.)

Des Weiteren tragen die geförderten Träger auch zum Transfer von Wissen zur Radikalisierungsprävention bzw. von bewährten Modellen bei, indem sie bundeszentrale Aufgaben der Qualitätssicherung, der Qualifizierung und der Unterstützung von Professionalisierungsprozessen übernehmen wie die **Entwicklung und Dissemination von Fach- bzw. Qualitätsstandards**.

⁸ Konkret wird hier auf die Aktivitäten der Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus e.V., von Ufuq e.V., Violence Prevention Network e.V. und ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH in Bundesmodellprogrammen des BMFSFJ Bezug genommen.

So arbeitet beispielsweise die Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus e.V. als Zusammenschluss vieler Träger im Handlungsfeld nicht nur an einer fachlich begründeten Definition des Arbeitsfeldes und einer Beschreibung von „guter“ Präventionsarbeit im Bereich des islamistischen Extremismus, sondern auch an der Formulierung und Dissemination von Qualitätsstandards der Radikalisierungsprävention.

Auch *Qualifizierungsangebote für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie für (pädagogisches) Fachpersonal anderer Organisationen* leisten einen Beitrag zur Verbreitung bewährter Modelle, z.B. Train-the-Trainer-/Multiplikatoren-Schulungen oder Beratungen/Fortbildungen für Mitarbeitende in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, Bildungseinrichtungen, Verwaltungen, Verbänden und politische Gremien. Konkrete Beispiele hierfür sind die Fortbildungen „Salafismus und Dschihadismus“ oder „Ansätze und Materialien der Präventionsarbeit“ (beide Ufuq e.V.).

4. Beiträge zum Aufbau des Handlungsfeldes „Prävention von islamistischem Extremismus“

Die (Modell-)Programmförderung von nichtstaatlichen Organisationen – und insbesondere deren Aktivitäten im Rahmen der „Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger“ – tragen dazu bei, das Feld der (pädagogischen) Präventionsarbeit im Bereich „islamistischer Extremismus“ zu entwickeln und zu konsolidieren. Diese Entwicklungen – und auch ihre fachpolitische Steuerung durch das BMFSFJ – lassen sich mittels der durchgeführten Dokumentenanalysen nachzeichnen (siehe Abb. 1): Im Rahmen der eingangs bereits erwähnten „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“ (2011-2014) wurden erstmals Modellprojekte im Bereich der Prävention von islamistischem Extremismus durch das BMFSFJ gefördert. Einige der Modellprojekträger bemühten sich damals bereits um einen fachlichen Austausch im Handlungsfeld der Radikalisierungsprävention/Deradikalisierungsarbeit und engagierten sich zu diesem Zweck im „Praxisforum Deradikalisierung“. Das BMFSFJ unterstützte dieses Ansinnen, indem einzelnen Trägern gezielt Fördermittel für entsprechende Austausch- und Vernetzungsaktivitäten zur Verfügung gestellt wurden. Der Austausch wurde über das Ende des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“ weitergeführt. Einzelne Träger erhielten für die entsprechenden Austausch- und Vernetzungsaktivitäten nun Mittel über das Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Zugleich wurden einige der ehemals als Träger von Modellprojekten geförderten Organisationen im neuen Bundesprogramm in die „Förderung der Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger“ aufgenommen. Dies ermöglicht es ihnen, nicht nur die eigene Organisationsentwicklung hin zu einer bundeszentralen Infrastruktur voranzutreiben, sondern auch koordinierende Aktivitäten im jeweiligen Themen- und Strukturfeld zu entfalten sowie beispielsweise über Transfer- und Qualifizierungsaktivitäten zur Verbreitung bewährter Modelle der Radikalisierungsprävention beizutragen.

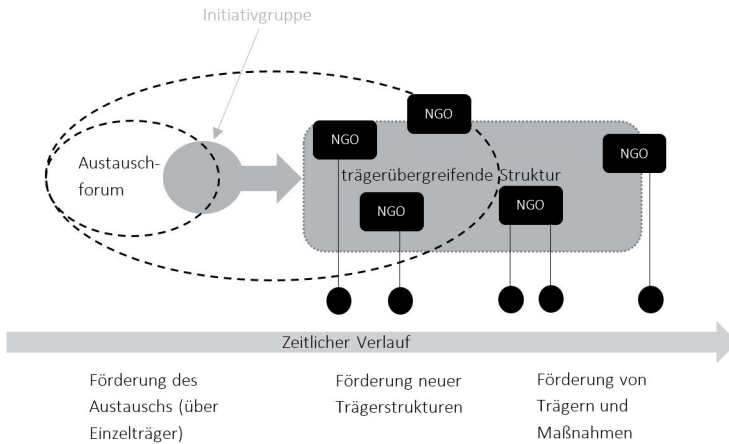


Abb. 1: Beiträge zur Konstitution des Handlungsfeldes

Darüber hinaus formierte sich aus dem bestehenden „Praxisforum Deradikalisierung“ heraus eine Initiativgruppe von Trägern, die sich um die Gründung und Etablierung einer trägerübergreifenden Akteursstruktur bemühte. Diese sollte nicht nur in der Lage sein, den fachlichen Austausch und die Weiterentwicklung des Handlungsfeldes voranzubringen, sondern zugleich auch die Interessenvertretung der zivilgesellschaftlichen Akteure im Themenfeld gegenüber der (Bundes-)Politik übernehmen. Die Dokumentenanalysen der wissenschaftlichen Begleitung lassen erkennen, dass im Vorfeld und im Verlauf der Gründung dieser übergreifenden Struktur fachpolitische Aushandlungen zwischen NGOs aus der Initiativgruppe (die selbst in der „Strukturerwicklung zum bundeszentralen Träger“ gefördert werden) und dem BMFSFJ stattfanden. Darin wurden beispielsweise Bedarfe hinsichtlich einer trägerübergreifenden Struktur, zu Fragen der organisationalen Ausgestaltung des neuen Trägernetzwerkes und auch fachliche Zuständigkeiten (z.B. Abgrenzung der Zuständigkeiten von Einzelträgern und übergreifender Struktur) ausgelotet. Mit Unterstützung durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ wurde im Jahr 2016 aus der Initiativgruppe heraus ein Zusammenschluss von Trägern in eigenständiger Rechtsform, die „Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) religiös begründeter Extremismus e.V.“ gegründet. Dieses Trägernetzwerk wurde 2017 als eigenständiger Träger in die „Förderung der Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger“ aufgenommen.

Nicht zuletzt die stärkere Fokussierung der neu gegründeten Bundesarbeitsgemeinschaft auf das Feld der Radikalisierungsprävention und die inhaltliche Abgrenzung zum „Praxisforum Deradikalisierung“ sowie damit einhergehend die stärkere Separierung der Handlungsfelder Radikalisierungsprävention und Deradikalisierungsarbeit lassen sich auf fachpolitische Impulse und Aushandlungen zwischen dem programmgebenden Bundesministerium und den beteiligten zivilgesellschaftlichen Organisationen zurückführen.

5. Fazit

Im Rahmen der Bundesmodellprogramme des BMFSFJ wird versucht, bewährte Ansätze der Radikalisierungsprävention – dargestellt am Beispiel des Bereiches „islamistischer Extremismus“ – bundesweit zu verbreiten. Dies erfolgt z.B. dadurch, dass die in der „Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger“ geförderten Organisationen als Partner des Bundes bundeszentrale Aufgaben des Transfers und der Qualitätssicherung, Qualifizierung und Unterstützung von Professionalisierungsprozessen wahrnehmen (Abschnitt 3). Zugleich werden durch die Förderung und im Zuge ihrer Umsetzung in partnerschaftlicher Zusammenarbeit von staatlichen Akteuren und zivilgesellschaftlichen Organisationen Strukturen aufgebaut, die zu einer fachlichen Konstituierung und Konsolidierung von Handlungsfeldern führen (Abschnitt 4). Dies lässt sich nicht zuletzt an dem quantitativen Aufwuchs an geförderten Organisationen und Projekten, an der gestiegenen Anzahl des darüber finanzierten Fachpersonals, an neu etablierten Trägerstrukturen und Vernetzungszusammenhängen, an gestiegenen Fördervolumina oder am organisationalen Wachstum von Einzelträgern in Feld der Prävention von islamistischem Extremismus nachzeichnen.

Mit Blick auf die Frage nach der Nachhaltigkeit modellprogrammgeförderter Präventionsarbeit im Bereich des islamistischen Extremismus lässt sich fragen, inwiefern es über die „Förderung der Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger“ gelingt, dass ausgewählte Organisationen über bundeszentrale Aufgaben des Transfers und der Qualitätssicherung, Qualifizierung und Professionalisierung tatsächlich in die regelfinanzierten Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe, des Bildungsbereiches oder des Strafvollzugs und der Bewährungshilfe hineinwirken und dort für eine Verbreitung bewährter Modelle der Radikalisierungsprävention sorgen. Entsprechende empirische Erkenntnisse stehen noch aus. Mit Blick auf die Infrastrukturentwicklung im Handlungsfeld der Prävention von islamistischem Extremismus ist jedoch bereits jetzt absehbar, dass es sich hierbei primär um modellprogrammgeförderte Infrastrukturen ohne Regelfinanzierungsanteile oder nur mit geringem -umfang handelt. Zugleich gibt es noch viele offene Fragen und unbewältigte Aufgaben, bis sich das Handlungsfeld „Prävention von islamistischem Extremismus“ auf allen föderalen Ebenen in der Breite etabliert hat. Insofern leistet der neu eingeschlagene Weg der „Förderung der Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger“ einen Beitrag, um das eingangs konstatierte Nachhaltigkeitsproblem zu lösen. Allerdings muss diesbezüglich konsequent weitergedacht werden, um eine finanzielle und/oder rechtliche Auf-Dauer-Stellung der Aufgaben und Infrastrukturen der Präventionsarbeit (nicht nur) im Bereich des islamistischen Extremismus zu erreichen.

Literatur:

- Bischoff, Ursula/Bollmann, Martin/König, Frank/Menge, Claudia/Reiter, Stefanie (2015): Erster Bericht: Landes-Demokratiezentren. Programmevaluation „Demokratie leben!“ Zwischenbericht 2017. Halle (Saale). Online unter: https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/DemokratieLeben/Erster_Zwischenbericht_LDZ_2015.pdf, abgerufen am 27.08.2018.
- Bischoff, Ursula/König, Frank (2014): Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung und der Programmevaluation. Landesweite Beratungsnetzwerke. In: BMFSFJ (Hrsg.): Abschlussbericht des Bundesprogramms TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN. Berlin, S. 60–69.
- BMFSFJ (2015): Leitlinie Förderung von Demokratiezentren zur landesweiten Koordinierung und Vernetzung sowie von Mobiler, Opfer- und Ausstiegserberatung. 25.02.2015. Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“. Online unter: http://www.demokratie-leben.de/fileadmin/content/PDF-DOC-XLS/Leitlinien/150225_Leitlinie_B_Demokratiezentren_akt_fin_barrierefrei.pdf, abgerufen am 14.10.2015.
- BMFSFJ (2017): Bericht der Bundesregierung über Arbeit und Wirksamkeit der Bundesprogramme zur Extremismusprävention. Online unter: <https://www.bmfsfj.de/blob/116788/c448f2c7385e5fee4e0bc011a59dc23d/bericht-extremismuspraevention-data.pdf>, abgerufen am 15.06.2017.
- BMFSFJ/BMI (Hrsg.) (2016): Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung. 13.07.2016. Online unter: http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2016/Strategie%20der%20Bundesregierung%20zur%20Extremismuspr%C3%A4vention%20und%20Demokratief%C3%B6rderung.pdf;jsessionid=63D0CE2CDD1BFFB10270D8E3C295D89.2_cid373?__blob=publicationFile, abgerufen am 15.07.2016.
- Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017) vom 20.12.2016, BGBl. I, S. 3016 (2017): Einzelplan 17. Online unter: https://www.bundshaushalt-info.de/fileadmin/de.bundshaushalt/content_de/dokumente/2017/soll/epl17.pdf, abgerufen am 17.02.2017.
- Glaser, Barney G./Strauss, Anselm L. (1998): Grounded theory. Strategien qualitativer Forschung. Bern u.a.
- Greuel, Frank/König, Frank (2014): Innovationsfeld Rechtsextremismusprävention. Empirische Hinweise zur Nachhaltigkeit pädagogischer Modellprojekte. In: deutsche jugend, 62. Jg., H. 6, S. 268–277.
- Haubrich, Karin (2009): Evaluation in der Sozialen Arbeit in Deutschland. Entwicklungslinien und Besonderheiten der Evaluationsdebatte am Beispiel der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe. In: Widmer, Thomas/Beywl, Wolfgang/

- Fabian, Carla (Hrsg.): Evaluation. Ein systematisches Handbuch. Wiesbaden, S. 441–449.
- Heinze, Franziska/König, Frank/Rehse, Aline/Schroeter, Ellen (2017): Dritter Bericht: Strukturentwicklung bundeszentraler Träger. Programmevaluation „Demokratie leben!“ Zwischenbericht 2017. Halle (Saale). Online unter: https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/DemokratieLeben/Dritter_Zwischenbericht_bzT_2017.pdf, abgerufen am 27.08.2018.
- Herding, Maruta/Langner, Joachim/Glaser, Michaela (2015): Junge Menschen und gewaltorientierter Islamismus – Forschungsbefunde zu Hinwendungs- und Radikalisierungsfaktoren. In: bpb Infodienst Radikalisierungsprävention. Online unter: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/radikalisierungsp-raevention/212082/faktoren-fuer-die-hinwendung-zum-gewaltorientierten-islamismus>, abgerufen am 27.08.2018.
- ISS/Camino (2015): Erster Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2015 – 31.12.2015 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“. Frankfurt am Main/Berlin.
- Leister, Alexander/Schau, Katja/Johansson, Susanne (2014): Gesamtbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“. Halle (Saale). Online unter: www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2014/Gesamtbericht_2011_bis_2014_wiss_Begleitung_IDS.pdf, abgerufen am 10.06.2018.
- Peters, Till Hagen (2012): Islamismus bei Jugendlichen in empirischen Studien. Ein narratives Review. Bremen.
- Schau, Katja/Langner, Joachim/Glaser, Michaela/Figlesthler, Carmen (2017): Demokratiefeindlichem und gewaltorientiertem Islamismus begegnen. Ein Überblick über Entwicklungen und Herausforderungen eines jungen pädagogischen Handlungsfeldes. In: Kärger, Jana (Hrsg.): „Sie haben keinen Plan B“. Radikalisierung, Ausreise, Rückkehr – zwischen Prävention und Intervention. Bonn, S. 197–211.
- Sedgwick, Mark (2010): The Concept of Radicalization as a Source of Confusion. In: Terrorism and Political Violence, 22. Jg., H. 4, S. 479–494.
- Strauss, Anselm L./Corbin, Juliet (1996): Grounded theory. Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Weinheim.

Inhalt

Vorwort der Herausgeber 7

I. Der 23. Deutsche Präventionstag im Überblick

Ute Frevert

Präventionsrede: „Gewalt und Radikalität, heute und gestern“ 9

Dirk Baier

Gutachten für den 23. Deutschen Präventionstag:
„Gewalt und Radikalität – Forschungsstand und Präventionsperspektiven“ 13

Erich Marks

Zur Eröffnung des 23. Deutschen Präventionstages in Dresden:
Angesichts der zunehmenden Komplexität von Krisen „muss die
Prävention im Mittelpunkt unseres Handelns stehen“ 99

Erich Marks, Karla Marks

Zusammenfassende Gesamtdarstellung des 23. Deutschen Präventionstages 115

Merle Werner, Rainer Strobl

Evaluation des 23. Deutschen Präventionstages am 11. und 12. Juni 2018
in Dresden 145

II. Praxisbeispiele und Forschungsberichte

Frank Buchheit

Resonanzachsen und ideologische Deradikalisierung 199

Marc Coester

Der schmale Grat zwischen Hate Speech und Meinungsfreiheit 217

Mathieu Coquelin

Da.Gegen.Redde – Ein Modellprojekt zur Stärkung im Umgang mit
Hass im Netz 227

Bernt Gebauer

„Free to Speak – Safe to Learn“ - Democratic Schools for All
Unterrichten kontroverser Themen als Extremismusprävention 239

<i>Rüdiger José Hamm</i> Prävention im Bereich des religiös begründeten Extremismus: Herausforderungen für zivilgesellschaftliche Träger	253
<i>Yuliya Hauff</i> Prävention von Radikalisierung in nordrhein-westfälischen Justizvollzugsanstalten	261
<i>Christian Heincke; Anika Aschendorf, Annika Jacobs</i> „Helden statt Trolle – Krass gesagt? Hinterfragt!“	268
<i>Franziska Heinze</i> Bewährte Modelle der Radikalisierungsprävention verbreiten	275
<i>Frank König</i> Rechtsextremismusprävention: Vom Spezial- zum Regelangebot	285
<i>Oliver Malchow</i> „Politische Radikalisierung – Prävention ist Aufgabe aller“	297
<i>Colette Marti</i> Narrative zur Prävention von Radikalisierung im Internet: ein gesamtschweizerisches Projekt der Nationalen Plattform Jugend und Medien	303
<i>Björn Milbradt</i> Rechtspopulismus als Herausforderung für Radikalisierungsprävention und Demokratieförderung	307
<i>Iris Alice Muth, Katharina Penev-Ben Shahr</i> Radikalisierungsprävention im Bund: „Demokratie leben!“	319
<i>Uwe Nelle-Cornelsen</i> Radikalisierte/-ierung im Justizvollzug – ein Praxisbericht	329
<i>Thomas Pfeiffer, Stefan Wößmann</i> VIR: VeränderungsImpulse setzen bei Rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen	337
<i>Juliane Reulecke, Daniel Speer</i> Ein virtuelles Training gegen Hass und Gewalt	345
<i>Karoline Roshdi</i> Spektrum Reichsbürger – Gefahren der Gewalt	353

<i>Larissa Sander</i> Zentrum Deradikalisierung im Thüringer Strafvollzug	365
<i>Tanja Schwarzer</i> Extremismusprävention auf lokaler Ebene – Ein Videospot	371
<i>Kerstin Sischka</i> Psychotherapeutische Beiträge zur Extremismus-Prävention. Erfahrungen, Grundlagen und Kooperationsmöglichkeiten.	375
<i>Melanie Wegel</i> Radikalisierungsprävention durch Theaterpädagogik	387
<i>Tilman Weinig</i> X-Games - Spiel zur Radikalisierungsprävention an Schulen	397
<i>Wolfgang Weissbeck</i> Schnittstellen und gemeinsame Herausforderungen durch Amokhandlungen und andere schwere Gewaltandrohungen	403
III Autor*innen	417